

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Donnerstag (Nachmittag), 9. Dezember 2021 / Jeudi après-midi, 9 décembre 2021

2. Priorität – Direktion für Inneres und Justiz /
2^e priorité – Direction de l'intérieur et de la justice

71 2021.RRGR.52 Motion 027-2021 Feuz (Bern, SVP)
Rechtsfreie Räume in und um die Reithalle Bern – Der Kanton muss eingreifen!

71 2021.RRGR.52 Motion 027-2021 Feuz (Bern, UDC)
Zones de non-droit à l'intérieur et aux abords de la Reithalle – Le canton doit intervenir !

Fortsetzung / Suite

Vizepräsident. *(Der Vizepräsident läutet die Glocke. / Le vice-président agite sa cloche.)* Werte Frau Regierungsrätin, wertee Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, dass Sie die letzte Mittagspause der Wintersession 2021 noch geniessen konnten. Wir fahren weiter mit dem Traktandum «Rechtsfreie Räume in und um die Reithalle Bern – Der Kanton muss eingreifen!» Jetzt greift zunächst einmal das Parlament ein. Wir haben vorhin bei den Fraktionssprechern unterbrochen. Als Nächstes gebe ich das Wort Grossrätin Streit-Stettler. Nach ihrem Votum werde ich die Rednerliste schliessen.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP), Fraktionssprecherin. Wir von der EVP sind alle einverstanden ... *(Der Vizepräsident weist darauf hin, dass die Mittagspause vorbei sei, und bittet um Ruhe im Saal. / Le vice-président fait remarquer que la pause de midi est terminée et demande à l'assemblée de faire silence.)* Wir vonseiten der EVP sind alle einverstanden, dass es nicht angeht, dass Pflastersteine gegen die Polizisten geworfen werden oder dass die Blaulichtorganisationen bei ihrer Arbeit rund um die Reithalle behindert werden. Es geht auch nicht an, dass in der Reithalle andere Rechte gelten als an anderen Orten. Das sind wir völlig einer Meinung.

Die EVP findet aber, dass auch hier die Gemeindeautonomie gelten sollte, so wie wir ja auch vorhin, im Zusammenhang mit dem Vorstoss zu den Gemeindeparlamenten, zum Thema Gemeindeautonomie gesprochen haben. Wir finden es stossend, dass in den Augen gewisser Leute hier im Saal für die Stadt Bern offensichtlich keine Rechtsgleichheit mit den übrigen Gemeinden herrscht, sondern, dass die Stadt Bern eben etwas ganz Spezielles ist und dass man sie ganz speziell an die Kandare nehmen muss.

Einfach noch ein Hinweis: Vielleicht wäre es eine Idee, dass auch die SVP das Ganze einmal von einer anderen Seite anschauen würde? Die GFL/EVP-Fraktion des Berner Stadtrats hat bereits vor vielen Jahren einen Vorstoss eingebracht – und soweit ich mich erinnere, wurde dieser auch überwiesen –, mit dem verlangt wurde, dass sich die Reithalle anders organisieren müsse, dass sie sich nämlich eine klare Struktur, eine Vereinsstruktur, geben müsse und diese auch klar darlegen müsse, damit die Stadt einen klaren Ansprechpartner in Sicherheitsfragen hätte. Das würde aber bedingen, dass die SVP auch etwas in Grautönen denken würde und nicht nur in Schwarzweiss und sich innerhalb des Stadtrats auch Partner suchen würde, mit denen sie dies vorwärtsbringen könnte.

Die EVP hat die Antwort des Regierungsrates auf diesen Vorstoss gelesen und findet sie sehr differenziert und eigentlich auch spannend, weil man daraus nämlich sieht, dass in den letzten Jahren doch gewisse Fortschritte erzielt wurden. Der Stadtrat hat sich früher noch über gewisse Dinge gestritten, die jetzt offenbar kein Thema mehr sind. Wir danken dem Regierungsrat für die Antwort und werden dem Regierungsrat folgen.

Haşim Sancar, Bern (Grüne), Fraktionssprecher. Die Reitschule ist ein Kultur- und Begegnungszentrum ohne Konsumzwang, sie zieht zahlreiche, vor allem jugendliche Menschen an. Sie über-

nimmt auch eine soziale Funktion, indem sie auch viele Menschen mit psychischen Problemen und gesellschaftlich ausgeschlossene Menschen integriert. Vor allem an den Wochenenden kommen tausende Jugendliche auch aus den Agglomerationen. Die Einrichtungen der Reitschule sind trotz, oder vielleicht sogar gerade dank dieser Vielfältigkeit und Diversität einer der sichersten Orte. In der Reitschule kommt es selten zu nennenswerten Zwischenfällen, dies trotz der vielen vielfältigen Nutzung durch unterschiedliche junge Menschen. Die Reitschule ist auch geographisch gesehen an einem der bewegtesten zentralen Orte: Die Schützenmatte hat mit der nahegelegenen Drogenanlaufstelle und dem früheren Parkplatz eine Sogwirkung für den ganzen Kanton. Es muss also klar gesagt werden, dass die unerwünschten und von uns Linksrünen nicht geduldeten Vorfälle auf der Schützenmatte nicht einfach der Reitschule in die Schuhe geschoben werden dürfen. *(Der Vizepräsident unterbricht den Redner mit der erneuten Bitte, entweder leiser zu sein oder sich in der Wandelhalle zu unterhalten. / Le vice-président interrompt l'orateur et demande de nouveau à l'assemblée d'être moins bruyante ou d'aller discuter dans la salle des pas perdus.)* – Oder benutzen Sie bitte das Mikrofon. *(Heiterkeit / Hilarité)* – Auch die Reitschule-Betreibenden sind gegen diese Angriffe auf die Polizei. Wir können diese verhindern, indem wir die Reitschule-Betreibenden in ihrer Arbeit unterstützen und stärken.

Wir wissen, dass die Reitschule ein Dorn im Auge von manchen Politikerinnen und Politikern ist. Deshalb musste die Reitschule in der Stadt Bern fünf Abstimmungen gewinnen, damit klar wurde: Bern will diese Institution! Somit ist die Reitschule einer der legitimierten Kulturinstitutionen der Stadt und ihres Umfeldes. Keine Bank in der Schweiz, keine Institution in der Schweiz hat so viele Abstimmungen gewonnen und sich legitimiert.

Etwas ist aber merkwürdig: Die Partei der Initianten dieses Vorstosses betont immer wieder, wie wichtig ihr die Autonomie der Gemeinden ist, und dass sie diese – richtigerweise würde ich einmal sagen – unbedingt beibehalten möchte. In diesem Vorstoss möchte aber der Kollege Alexander Feuz die Kompetenzen der Stadt Bern aufheben und die vertraglich geregelten Polizeikompetenzen von der Stadt auf den Kanton verschieben. Richtigerweise lehnt der Regierungsrat ausser Ziff. 1 diese Forderung ab. Ich möchte auch in Erinnerung rufen, dass der Betrag, den die Stadt Bern pro Kopf an die Kantonspolizei Bern bezahlt, mit Abstand der grösste im Kanton Bern ist. Wie geht das? Das sind vertraglich geregelte Zuständigkeiten. Müssen wir über die Kantonspolizei Bern wieder abstimmen?

Kollege Alexander Feuz ist auch im Berner Stadtrat, wo er das Thema Reitschule fast zu seiner «Pflichtlektüre» gemacht hat. Er sitzt also in zwei Räten. Dagegen habe ich eigentlich nichts, aber ich möchte die berechtigte Frage stellen, warum er die demokratischen Entscheide eines Parlaments und der Exekutive der Stadt nicht akzeptiert?

Noch ein Wort zu den unbewilligten Demonstrationen: Es gab noch nie so viele unbewilligte Demos wie in der Corona-Zeit. Ich habe noch keinen Vorstoss gegen diese «unbewilligten Demos» gesehen. Glaubwürdigkeit lässt grüssen. Aber dieser Vorstoss entstand auch in der Corona-Zeit, in der es um die Reitschule herum sogar sehr ruhig ist und die Coronamassnahmen vorbildlich akzeptiert werden. Also, die Reitschule ist betreffend die Corona-Massnahmen eigentlich die treueste Institution.

Die grüne Fraktion bittet Sie, den Vorstoss in allen Punkten abzulehnen. Für die angenommenen Punkte beantragen wir die Abschreibung. Danke. Ist das angekommen, Herr Präsident? *(Der Vizepräsident bestätigt dies. / Le vice-président le confirme.)* Wenn ein Punkt angenommen wird, beantragen wir, dass er abgeschrieben wird. *(Der Vizepräsident bestätigt dies erneut. / Le vice-président le confirme de nouveau.)* Merci vielmals. *(Heiterkeit / Hilarité)*

Vizepräsident. Das Präsidium ist schnell, und Ihr Anliegen ist wirklich angekommen. *(Heiterkeit / Hilarité)* – Dann hat als nächster Sprecher Grossrat Seiler das Wort.

Michel Seiler, Trubschachen (parteilos), Einzelsprecher. Kultur, Kunst, Kreativität sind von ihrer innersten Idee und Aufgabe her ein Gegenpol von Gewalt, Unterdrückung und Vandalismus. Für die Kultureinrichtung Reithalle ist dies in einer immer sinnleeren Zeit eine äusserst schwierige Aufgabe und Herausforderung.

Wer den halben Tag die Plastikknüppel streichelt – ohne erotische Gefühle –, braucht am Abend noch einen handfesten Ausgleich. Die dadurch entstandene Gewalt vor der Reithalle ist ein Produkt unserer gesamten Gesellschaft. Kreativitätsarmut kann die Gewaltbereitschaft nicht allein der Reithalle zuschieben. Das ist billige Propaganda. Gewaltverminderung, überall, auch im Sportstadion, kann nur durch eine breite, aktive, tätige Kreativitätsvermehrung gelingen, und ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Trotzdem möchte ich die Reithalle sofort auffordern, sich öffentlich und laut von dieser Gewalt vor der Reithalle zu distanzieren. Ich drücke hier die Nein-Taste.

Vizepräsident. Dann hat Frau Regierungsrätin Allemann das Wort.

Evi Allemann, DIJ-Direktorin. Sie haben es in der Antwort der Regierung gesehen: Der Regierungsrat ist bereit, Ziff. 1 als Postulat anzunehmen. Der Regierungsrat bittet Sie, die beiden anderen Ziffern abzulehnen.

Die Reithalle als städtische Liegenschaft hat eine Beziehung zur Stadt als Standortgemeinde. Sie hat mit der Stadt einen Mietvertrag, sie hat Regeln über die Nutzung und über den Unterhalt. Deswegen hat auch die Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKuR) mit der Stadt Bern neben dem Mietvertrag eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen, und so ist diesbezüglich die Stadt zuständig.

Vorhin wurde ein Appell an mich – wahrscheinlich auch ein bisschen als Gemeindedirektorin – gerichtet, es sei eine aufsichtsrechtliche Frage. Wenn ich die Motion richtig lese, geht es dem Motionär um Entscheidungskompetenzen, um einen Auftrag, den er der Regierung geben möchte, und nicht um aufsichtsrechtliche Fragen. So haben wir die Motion auch gelesen, und so sind wir auch bereit, die Frage der Entscheidungskompetenzen in bestimmten Bereichen mit einem Postulat zu prüfen, was Ziff. 1 anbelangt.

Es ist heute schon so, dass der Kanton, also eine kantonale Behörde, eine Rolle hat, nämlich das Regierungsstatthalteramt, wenn es um die Erteilung und um den Entzug der Betriebs- und Gastrobewilligung geht, dort stützt man sich auf das Gastgewerbegesetz (GGG) ab. Gestützt auch darauf wurden im Jahr 2020 verschiedene Anpassungen gemacht. Man hat dort eine generelle Überzeit- und Betriebsbewilligung erneuert. Man hat das Sicherheitskonzept erneuert oder diskutiert. Man hat auch Pflichtenhefte für die beiden Sicherheitsbeauftragten erarbeitet und ein Evakuationskonzept erstellt. Die verschiedenen Konzepte sind aus Sicht der Regierung auf einem aktuellen Stand. Aber das ist natürlich «work in progress». Es ist nicht so, dass man das einmal macht und es dann als erledigt betrachten kann. Da ist man über den Regierungsstatthalter im engen Austausch mit der Reithalle.

Wenn Sie das jetzt so hören, denken Sie, es ist ja alles in Ordnung – nein, wir haben trotzdem die Bereitschaft, die Ziff. 1 als Postulat entgegen zu nehmen und die Situation, wie sie sich heute präsentiert, in Ruhe zu prüfen und in Ruhe zu überlegen, ob es Optimierungspotenzial gibt. Denn *ein* Problem haben wir, und das ist weniger im Inneren der Reithalle, sondern im Umfeld der Reithalle: die Sicherheitssituation. Diese ist auch aus Sicht der Regierung eine Herausforderung. Hier haben wir tatsächlich eine Situation, die – Sie haben das in der Antwort des Regierungsrates gesehen – teilweise inakzeptabel ist.

Im Gegenzug dazu läuft im Inneren der Reitschule sehr vieles sehr gut. Wir haben zum Beispiel das Evakuationskonzept und die Brandschutzfragen, welche die IKuR wirklich sehr ernst nimmt. Mir wurde auch gesagt, dass sie regelmässig zusammen mit den Blaulichtorganisationen und mit den Expertinnen der Gebäudeversicherung des Kantons Bern die Evakuation üben, also mit anderen Worten diese Fragen ernst nehmen, die sich im Inneren der Reitschule befinden oder dort ablaufen. Und manchmal tauchen auch da Mängel auf, diese werden anstandslos und auch innert nützlicher Frist behoben. Ich glaube, dort ist der Handlungsbedarf nicht vorhanden.

Der Handlungs- und Diskussionsbedarf ist eher im Umfeld der Reithalle vorhanden. Die Herausforderungen liegen auf dem Vorplatz und um die Reitschule herum. Um diese Situationen geht es dem Regierungsrat. Hier will er die Sicherheit verbessern, hier will er sich überlegen, welchen Beitrag die Regierung leisten kann, was wir als Kanton leisten können, um die Situation rings um die Reithalle

zu verbessern. Dort will man, wenn Ziff. 1 als Postulat überwiesen wird, auch hinschauen, dort wollen wir nach Optimierungen und Anpassungsmöglichkeiten suchen.

Ziff. 2 und 3 des Vorstosses hingegen erachtet der Regierungsrat als unzulässigen Eingriff in die Gemeindeautonomie, über die wir heute schon in einem anderen Zusammenhang gesprochen haben. Diese ist verfassungsmässig garantiert, und wir haben bei Ziff. 2 und 3 auch Mühe damit, dass man die Zuständigkeiten beim Demonstrationsrecht verletzen würde, wenn man die Ziff. 2 und 3 überweisen würde.

Ziff. 1 nehmen wir, wie gesagt, als Postulat gerne entgegen. Im Namen der Regierung bitte ich Sie, Ziff. 2 und 3 abzulehnen.

Vizepräsident. Der Motionär hat noch einmal das Wort verlangt.

Alexander Feuz, Bern (SVP), Motionär. Ich danke für die Diskussion, ich danke insbesondere den Votanten, die sich dafür ausgesprochen haben, Ziff. 1 als Postulat entgegenzunehmen.

Ich halte einleitend auch gleich fest, dass ich auch bereit bin, sämtliche anderen Ziffern – Ziff. 2 und Ziff. 3 – umzuwandeln.

Ich gehe ganz kurz auf gewisse Voten ein, einige scheinen mir interessant. Es wurde zu Recht von Barbara Streit-Stettler aufgegriffen, dass man im Stadtrat einen Vorstoss der GFL zu den Strukturen angenommen hat. Leider wurde dieser nie umgesetzt. Leider wurde dieser nie umgesetzt.

Es wurde auch gesagt, als Vorwurf, wir dächten nur in Schwarz und Weiss, dabei gäbe es auch noch Grautöne. Nach einem Stadtratsausflug, als auch andere Kollegen dabei waren, sagten die anderen, «Kommt mit!», und die Kollegen Glauser und Feuz wären auch dorthin gegangen. Was war das Resultat davon? Statt geschickt zu sein und dem Feuz ein Glas Wein oder ein Bier zu offerieren, haben sie mich weggewiesen, und am nächsten Tag musste ich via Medienmitteilung erfahren, dass SVP-Politiker dort nicht mehr erwünscht sind. Auch die Stadt Bern findet keinen Anstoss dabei, obwohl man gesagt hat, man solle eine Auflage machen, dass keine Leute aus rassistischen, religiösen und politischen Gründen diskriminiert würden, und nur dann einen Leistungsvertrag abschliessen. Aber das wurde abgeschmettert.

Ich komme wieder zurück zum Vorstoss: Für mich war auch klar, als wir ihn eingereicht haben, dass wir vielleicht ein bisschen zu weit geschossen haben. Ich bin ehemaliger Artillerie-Hauptmann, und daher weiss ich, dass man manchmal, wenn man ein Ziel treffen will, zuerst etwas zu weit schiessen muss.

Mir geht es darum, dass wir Ziff. 1 durchbringen. Ich bitte Sie trotzdem, den Ziff. 2 und Ziff. 3 als Postulat zuzustimmen. Dann kann man genau diese Prüfung, die Sie in Ziff. 1 machen, da auch machen. Mir ist klar – und auch den anderen Mitmotionären –, dass wir da vielleicht etwas zu weit geschossen haben, aber damit wir hier jetzt dieses Spektrum haben, sollte man diese eben auch überweisen, und ich habe Ihnen auch genau gesagt, worum es mir geht. Jetzt haben Sie es noch in der Hand, dass der Kanton hier das Heft in der Hand hat, sonst ist es dann der Bund, und dann ist die ganze Diskussion der Verfassungsmässigkeit obsolet. Deshalb wollte ich dem Kanton diese Chance ebenfalls geben. Dass ich in der Stadt nicht viele Chancen habe, weiss ich, darum kämpfe ich jetzt im Grossen Rat für dieses Ziel.

Vizepräsident. Dann kommen wir zur Abstimmung zu Traktandum 71. Die Motion wurde in allen drei Punkten in ein Postulat gewandelt. Es wurde Abschreibung verlangt. Wir stimmen über Ziff. 1 ab: Wer Ziff. 1 als Postulat annehmen will, stimmt Ja, wer das Postulat ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.52 : Ziff. 1, als Postulat / ch. 1, sous forme de postulat

Annahme / Adoption

Ja / Oui	96
Nein / Non	49
Enthalten / Abstentions	0

Vizepräsident. Sie haben diesem Postulat zugestimmt.

Nun bestimmen wir über die Abschreibung: Wer dieses Postulat abschreiben will, stimmt Ja, wer die Abschreibung ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.52: Ziff. 1, Abschreibung / ch. 1, classement

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	56
Nein / Non	84
Enthalten / Abstentions	4

Vizepräsident. Sie haben dieser Abschreibung nicht zugestimmt.

Dann kommen wir zu Ziff. 2: Wer das Postulat in Ziff. 2 annehmen will, stimmt Ja, wer es ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.52 : Ziff. 2, als Postulat / ch. 2, sous forme de postulat

Annahme / Adoption

Ja / Oui	47
Nein / Non	88
Enthalten / Abstentions	8

Vizepräsident. Sie haben dieses Postulat abgelehnt.

Ich komme zu Ziff. 3: Wer der Ziff. 3 als Postulat zustimmt, stimmt Ja, wer es ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.52 : Ziff. 3, als Postulat / ch. 3, sous forme de postulat

Annahme / Adoption

Ja / Oui	46
Nein / Non	91
Enthalten / Abstentions	8

Vizepräsident. Sie haben auch Ziff. 3 als Postulat abgelehnt.

Damit sind wir mit den Geschäften dieser Direktion fertig. Ich wünsche der Regierungsrätin noch einen schönen restlichen Nachmittag, gute Festtage und alles Gute.
Wir kommen als Nächstes zur GSI, und hier übergebe ich die Geschäfte wieder an den Präsidenten.

Der Präsident übernimmt wieder den Vorsitz. / Le président reprend la direction des délibérations.